

FBP-TERMINE

**FBP Triesen:
Nomination Vorsteherkandidat**

TRIESEN – Die FBP-Ortsgruppe Triesen freut sich, einen hervorragenden Kandidaten für das Amt des Vorstehers der Gemeinde Triesen gewonnen zu haben. Die Nomination des Vorsteherkandidaten findet am Montag, den 20. September 2010, um 19 Uhr, im Kulturzentrum Gasometer statt. Die FBP-Ortsgruppe Triesen freut sich, viele Freunde und Gäste an der Nomination begrüssen zu dürfen.

FBP-Ortsgruppe Triesen

FBP-Parteitag in Gamprin

GAMPRIN – Am Donnerstag, den 30. September, findet um 19 Uhr der Parteitag der Fortschrittlichen Bürgerpartei im Gemeindesaal Gamprin statt. Im Zentrum stehen die Gemeindewahlen, insbesondere die bereits nominierten Vorsteherkandidaten der FBP. Am Parteitag wird zudem über die Neufassung der FBP-Statuten abgestimmt.

Termine der Ortsgruppe Vaduz**Besichtigung Feuerwehrdepot**

Am Sonntag, den 26. September, um 10.30 Uhr wird das Feuerwehrdepot besichtigt. Dr. Alois Ospelt wird an diesem Anlass über den Altabachbrand von 1907 (Reihe: die drei Landesnöte) sprechen.

Nominationsversammlung

Am Montag, den 25. Oktober, um 19 Uhr findet die Nominationsversammlung im Hinblick auf die Gemeinderatswahlen 2011 im Stöcklersaal des Hotels Löwen statt.



MEIN STANDPUNKT

Auswandern als Alternative?

Pascal Seger, Vorsitzender der Jungen FBP, über knappen Boden und Bauen

Liechtensteiner zieht es über die Grenze, in Richtung Schweiz. Nicht immer ist es die Liebe, die der Auswanderung nachhilft, manchmal sind es rein wirtschaftliche Gründe und Überlegungen. Natürlich ist noch keine Auswanderungswelle zu beobachten, die Zahlen halten sich vorerst noch in einem engen Rahmen. Aber für mich sind diese Zahlen doch ein Indiz, dass sich etwas bewegt. Also besteht eine gewisse Neugier und auch eine Berechtigung, der Sache nachzugehen.

**Derzeit leben über
100 Liechtensteiner in
der nahen Schweiz**

Laut einem Bericht des «Liechtensteiner Volksblatts» wohnen derzeit etwas über 100 Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner in den drei Nachbargemeinden Buchs, Sevelen und Wartau. Einige von ihnen, eine genaue Zahl ist nicht bekannt, haben sich zum Wohnsitzwechsel entschlossen, weil ihnen das Leben in der Schweiz günstiger vorkam als in Liechtenstein.

Die Mieten sind einiges günstiger über den Rhein und es gibt noch Baugrund zu erschwinglichen Preisen. Bei den Steuern gibt es ein gewisses Gefälle zwischen Liechtenstein und der Schweiz, doch dauert es Berechnungen zufolge 20 bis 30 Jahre, bis der steuerliche Nachteil die günstigeren Preise ausgleicht.

Wenn ich mich in Liechtenstein unter jungen Kolleginnen und Kollegen umhöre, so wird deutlich: Wer sich mit einer Familiengründung befasst und gern ein Eigenheim bauen würde, hat kaum Chancen, wenn nicht aus dem Elternhaus ein Grundstück zur Verfügung steht. Zumindest gilt dies für durchschnittliche Einkommen. Und wenn das notwendige Geld vielleicht noch vorhanden wäre, so ist noch lange nicht gesagt, dass ein Grundstück erworben werden kann: Der Boden im Kleinstaat ist knapp und nicht vermehrbar, während die Bevölkerungszahl wächst. Kein Wunder, dass schon vor drei Jahren eine relativ grosse Gruppe bei der Umfrage für den «Zukunftsbarometer» die Bodenpreise und die Preise für Wohneigentum als ein dringendes Problem der Zukunft dargestellt haben. Die Wohnungspolitik werde zu einer wichtigen Frage in den nächsten zehn Jahren, war jeder sechste Befragte überzeugt – inzwischen sind schon drei Jahre dieses Zeitraums vergangen.

Mich wundert es etwas, dass diese Problematik derzeit keine Rolle spielt in unserem Land. Natürlich gibt es derzeit andere Problemfelder, die einen akuten Handlungsbedarf provozieren, wenn ich etwa an den Finanzplatz oder an die Staatsfinanzen denke. Aber Politik hat sich auch mit grundlegenden, längerfristigen Problemen zu befassen. In diesem Sinne wäre es an der Zeit, die Problematik des knappen Baulandes, der hohen Wohnungsmieten und

der Perspektiven für die Jugend in den nächsten zwei Jahrzehnten aufzunehmen, zu diskutieren und nach Lösungen zu suchen.

Ich kann im Moment auch keine Lösung anbieten. Aber ich möchte auf das Problem hinweisen. Und ich möchte dazu auffordern, dass man sich in unserem Land über die Generationen hinweg – Jung und Alt gemeinsam – mit diesem Problem eingehend beschäftigt. Auswandern scheint mir keine zukunftsgerichtete Alternative zu sein.



Pascal Seger. FOTO MICHAEL ZANGHELLINI

«Land vor weiterem Schaden bewahren»

FBP-Fraktionssprecher Johannes Kaiser spricht sich gegen beantragte Steuererhöhung aus

VADUZ – «Klaus Tschüscher setzt auf diese Weise die Glaubwürdigkeit der Politik als verlässlicher Partner der Wirtschaft aufs Spiel», sagt FBP-Fraktionssprecher Johannes Kaiser zur geplanten 80-prozentigen Steuererhöhung des Regierungschefs.

• Heinz Zöchbauer

Die Behandlung der Steuerreform im Landtag wurde vorerst lange hinausgezögert, bis Regierungschef Klaus Tschüscher die Vorlage auf Druck der FBP, der Wirtschafts- und Finanzbranche und letztlich auch seitens des Erbprinzen dem Parlament vorlegte. Am letztmöglichen Termin, damit die Umsetzung des neuen Steuerrechts ab dem 1. Januar 2011 möglich ist, behandelt der Landtag diese Vorlage nächste Woche in zweiter Lesung. Strittigster Punkt ist die Festlegung der Mindestertragssteuer, die Regierungschef Tschüscher um 80 Prozent anheben will. FBP-Fraktionssprecher Johannes Kaiser beurteilt diese Massnahme für unseren Wirtschafts- und Finanzplatz als «schädlich».

**Alle sind von
dieser Steuererhöhung
betroffen**

«Volksblatt»: Der Regierungschef will die Mindestertragssteuer beinahe verdoppeln. Herr Kaiser, was sagen Sie zu so einer hohen Steuererhöhung?



«Die FBP spricht sich dezidiert gegen diese Steuererhöhung des Regierungschefs aus», sagt FBP-Fraktionssprecher Johannes Kaiser.

Johannes Kaiser: Für mich sowie für die FBP-Fraktion ist die massive Anhebung der Mindestertragssteuer für besondere Gesellschaften von 1000 auf 1800 Franken nicht akzeptabel. Von dieser Kapitalsteuer sind alle Holding- und Sitzgesellschaften in Liechtenstein betroffen. In der ursprünglichen Vorlage sowie im Rahmen der Vernehmlassung war der Mindestbetrag von 1200 Franken von der Regierung noch als verträgliche Erhöhung angesetzt und begründet worden. Eine Erhöhung um 80 Prozent dieser Steuer bringt gerade in der derzeitigen Situation, bei der Erholung und Entwicklung des Finanzplatzes Liechtenstein, grosse Nachteile. Regierungschef Klaus Tschüscher setzt auf diese Weise die Glaubwürdigkeit der Politik als verlässlicher Partner der Wirtschaft aufs Spiel.

Regierungschef Klaus Tschüscher sagte, dass es nicht entscheidend sei, ob die Erhöhung nun bei 80 oder 50 Prozent liege. Ist dies tatsächlich egal?

Der Regierungschef verkennt die Situation. Da hilft kein Schönreden. Liechtenstein steht als Finanzdienstleistungsplatz nach wie vor unter sehr starkem, internationalem Druck. Und unsere Treuhänder, die derzeit mit dem Löschen von Sitzgesellschaften und Stiftungen eine zweifelhafte Verdienstquelle ausschöpfen können, befinden sich in einer Art Endzeitstimmung. Es ist nicht die Summe von 600 Franken, die in erster Linie gegen die Erhöhung spricht. Dieser Schritt – kaum ein Jahr nach der Kommunikation von einer Steueranpassung auf 1200 Franken – ist ein falsches Signal zum jetzigen Zeitpunkt. Solche Botschaften verunsichern,

unabhängig von den dabei angeführten Summen, die ohnehin verunsicherte Klientel des Finanzdienstleistungsplatzes Liechtenstein weiter.

Auch die Treuhändervereinigung sieht im Antrag des Regierungschefs eine Gefahr für den Finanzplatz Liechtenstein. Wurde da etwas zwischen Regierung und den Finanzintermediären zu wenig kommuniziert?

Es sind nicht nur rund 300 Treuhänder und deren Familie betroffen, wie vom Regierungschef ausgeführt wird; es sind ganze Wirtschaftszweige – also letztlich die Zukunft aller Einwohnerinnen und Einwohner in Liechtenstein – indirekt von dieser Steuererhöhung betroffen. Die Mitglieder der Treuhändervereinigung befürchten eine zunehmende Abwanderung von Kunden in preiswertere Jurisdiktionen. Eine solche Steuererhöhung bedeutet einen weiteren Beweggrund, Liechtenstein zu verlassen oder zumindest auf Gesellschaften anderer Anbieter zurückzugreifen. Im Klartext heisst dies, dass eine Steuererhöhung im Endeffekt nicht zu einer Zunahme, sondern zu einem Rückgang der absoluten Steuererträge führen würde.

Das Reputationsproblem sei, so der Regierungschef, überwunden. Dann sollte eine Mindestertragssteuer im Bereich des Möglichen liegen.

Ich attestiere der Regierung, dass sie sich redlich bemüht, den guten Ruf unseres Landes in dieser Beziehung herzustellen. Doch darf man die Augen vor der Realität nicht verschliessen. Tatsache ist leider, dass wir als Finanz-

dienstleistungsplatz im internationalen Vergleich trotz aller Demarchen, trotz dem Engagement von Kommunikationsagenturen und hohen Summen, die in diese lobenswerten Bemühungen geflossen sind, unglücklicherweise immer noch an der Stelle treten.

**Wehren uns,
einen wichtigen
Eckpfeiler zu opfern**

Wie beurteilen Sie die Stimmung im Landtag vor dieser sehr entscheidenden Weichenstellung?

Die FBP spricht sich dezidiert gegen diese Steuererhöhung des Regierungschefs aus. Um die Attraktivität des Finanzplatzes einermassen zu wahren und um uns als Wirtschaftsstandort eine gute Position zu erhalten, setzt sich die FBP für die Mindestertragssteuer von 1200 Franken ein. Wir wehren uns dagegen, einen der wichtigsten Eckpfeiler der Standortvorteile Liechtensteins zu opfern und Steuererhöhungen in diesem Ausmass vorzunehmen. Die FBP hat sich im Rahmen der Steuerreform zudem mehrfach dafür ausgesprochen, allfällige Mindereinnahmen in der Laufenden Rechnung des Landesbudgets durch die Öffnung des Zukunftsfonds auszugleichen. Auch diesem Argument ist der Regierungschef leider nicht gefolgt, stattdessen setzt er auf Steuererhöhungen. Es ist zu hoffen, dass neben der FBP im Landtag auch einige VU-Abgeordnete mithelfen, Liechtenstein vor weiterem Schaden zu bewahren.